

Regimewechsel in der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik – Sanktionen beim AMS Wien zwischen 2016-2019

Ab Sommer 2018 wurden in Wien vier Mal häufiger Sanktionen gegen Arbeitslose ausgesprochen als zuvor. Der Anstieg der Sanktionen gegen Personen, die Ansprüche auf Versicherungsleistung nach der Arbeitslosenversicherung geltend machen, kommt sprunghaft und hat sich seither verstetigt. Seit 2018 verharren die Sanktionen auf diesem hohen Niveau über alle regionalen Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservices Wien (AMS) verteilt.

Für die Betroffenen bedeutet dies, dass sie schneller mit dem Entzug von Leistungen konfrontiert werden, strengere Vorgaben einhalten müssen und einem erhöhten Druck seitens der AMS-Berater*innen bezüglich Vermittlungsvorschlägen und Prüfungen ausgesetzt sind. Der Druck auf die Betroffenen, Beschäftigungsvorschläge anzunehmen, ist erheblich gestiegen. Andernfalls droht ihnen zunehmend der komplette Entzug ihrer Arbeitslosengeldansprüche für mindestens vier Wochen. Der Wegfall von Leistungen führt oft zu existenziellen Ängsten und einer Verschlechterung der Lebenssituation der Betroffenen aufgrund einer verstärkten Ausschlusswirkung bei soziokulturellen Teilhabemöglichkeiten, Isolation und psychischer Belastungen.

Für diesen Zeitraum sind keine Gesetzesänderungen zu verzeichnen, die den Anstieg der Sanktionen erklären könnten, wie beispielsweise durch verschärfte gesetzliche Vorgaben. Auch sind öffentlich keine Richtlinien oder Weisungen bekannt, die einen Hinweis auf den Ursprung der plötzlichen Sanktionssteigerungen geben könnten.

Auf politischer Ebene kam es Ende 2017 zu einem Regierungswechsel auf Bundesebene, der mit einem personellen Wechsel an der Spitze des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft einherging. Die FPÖ-Ministerin Beate Hartinger-Klein wurde neue Leiterin des traditionell von der Sozialdemokratie geführten Ministeriums. Doch auch dieser Wechsel allein erklärt nicht, warum die Sanktionen in Wien vervierfacht wurden, während andere Bundesländer weitgehend konstant hohe Sanktionen verhängten.

Wie kam es dazu, dass die Anzahl an Sanktionen beim AMS Wien so abrupt anstiegen? Welche Rolle spielen Veränderungen in der Sozialpartnerschaft? Welche Rolle nehmen veränderte gesellschaftliche Diskurs ein und wie wirken sie auf die Zielvorgaben des AMS und/oder auf das Handeln der Berater*innen in den regionalen AMS-Stellen?

Die zentrale Forschungsfrage der Arbeit lautet: **Welche Veränderungsprozesse im Wiener Sanktionsregime der Arbeitslosenversicherung sind politisch, institutionell, gesellschaftlich und kulturell zwischen 2016-2019 zu beobachten? Und wie kommen diese Veränderungsprozesse zustande?**

Für die Datengrundlage der Arbeit werden Expert*inneninterviews durchgeführt, um das Handeln der Entscheidungsträger*innen im AMS nachzuvollziehen und potenzielle Einflüsse auf die handelnden Personen zu identifizieren. Darüber hinaus soll das Verwaltungshandeln hinsichtlich der administrativen Vorgaben und Handlungsspielräume der Entscheidungsträger untersucht werden. Da die Vermutung naheliegt, dass der Sanktionsanstiegs aus politischer Motivation erfolgte, werden Interviews mit Berater*innen- und Führungsebene im AMS sowie mit (ehemalige) Beamte der zuständigen Ministerien und der Vertretung der Arbeit*innen durch die Arbeiterkammer Wien geführt. Darüber hinaus werden, soweit verfügbar, Dokumentenanalysen von Regierungsprogrammen, Weisungen, Arbeitsprogrammen und Zielvorgaben sowie Sitzungsprotokollen durchgeführt. Die Dokumentenanalyse soll zusätzliche Datenmaterial generieren, um Hinweise auf die kausalen Mechanismen zu geben, die zu der erhöhten Sanktionswahrscheinlichkeit führten.

Um unseren Sozialstaat neu zu denken, brauchen wir zunächst eine Bestandsaufnahme. Dazu gehört auch die rigide Entwicklung im Sanktionsregime. Der Beitrag möchte auszeigen, welche Entwicklungen in der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik stattgefunden haben, wie diese implementiert wurden und wodurch der Regimewechsel begünstigt wurde.